

# Was Gscheits



**Manfred Schiller:**  
ein Weidener im Bundestag



Aus dem Inhalt:

**So geht ideologischer Starrsin:  
E-Auto-Subventionen geplant!**



Weitere Themen:

**3 Wahl in Tschechien:  
Für Patriotismus!**

**4 Aktuelle  
Nachrichten**

**10 Ein Oberpfäl-  
zer in Berlin**

**13 Aus dem  
Wahlkreis & Bayern**

# Vorwort



## Liebe Freunde,

für **Patriotismus** und **gegen das EU-Diktat!** So hat **Tschechien** vergangene Woche gewählt.

Währenddessen verharrt **Deutschlands Regierung** in **ideologischem Starrsinn** - der „Rohrkrepierer“ Energie-wende wird stur weiter vorangetrieben, nun plant man sogar, die **E-Auto-Subventionen** wieder einzuführen, das Ganze auf Kosten der steuerzahlenden Bürger.

Was im **Bundestag** alles los war, berichte ich in meinem ausführlichen Sitzungswochenrückblick. Außerdem stelle ich euch eine **Petition** vor und auch der **Wahlkreis** kommt nicht zu kurz: es geht um die Organisation der **Schülerbe-förderung** in Weiden, und ich werfe einen Blick auf die **Aufstellungsversammlung** meines Kreisverbandes zur **Kommunalwahl**. Viel Spaß & Erkenntnis beim Lesen dieser Ausgabe von „Wos Gscheits“!

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Mitarbeitern Kontakt aufzunehmen

### Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21

92637 Weiden

Tel. 0961 40 17 56 94

[manfred.schiller.wk@bundestag.de](mailto:manfred.schiller.wk@bundestag.de)

— dafür sind wir da!

Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, und freut sich auf euren Besuch.

Die Öffnungszeiten sind wie folgt:

**Di.: 8.<sup>00</sup> - 17.<sup>00</sup> Uhr**

**Mi.: 8.<sup>00</sup> - 12.<sup>00</sup> & 13.<sup>00</sup> - 17.<sup>00</sup> Uhr**

**Do.: 11.<sup>00</sup> - 20.<sup>00</sup> Uhr**

*Jeden Donnerstag findet ab 18.<sup>00</sup> Uhr ein Bürgerstammtisch statt.*

»Dem deutschen Volke«  
— ein Auftrag, den ich  
ernst nehme!

DEM DEUTSCHEN VOLKE



»**Make Europe  
great again**«

**Wahlsieg für »tschechischen Trump« Andrej Babiš**

**Für Patriotismus –  
gegen das EU-Diktat!**

**Wahlsieg für „tschechischen Trump“ Andrej Babiš**

Liebe Freunde,

wann erreichen die fallenden Dominosteine Deutschland?

Unser Nachbar Tschechien hat gewählt und sich am 3. & 4. Oktober bei der Abgeordnetenhauswahl erneut für Patriotismus und gegen das EU-Diktat entschieden.

Andrej Babiš erzielte mit seiner ANO-Partei einen fulminanten Sieg. Das ist das Ende von der Klimaideologie, von Kriegstreiberei mit Russland und ungezügelter Migration in der tschechischen Republik. Voraussichtlich ist es auch ein Revival des Verbrenner-Motors und eine Stärkung der Visegrad-Gruppe, bestehend aus Polen, Slowakei, Ungarn und Tschechien.

Wir gratulieren herzlich!

Euer Manfred Schiller

Energiewende:

# **Ideologischer Starrsinn...**

**O**hne Subventionen ist die E-Auto Sparte kaum tragbar. Das zeigte sich bereits mit dem starken Einbruch des Absatzes von E-Autos in Deutschland 2023 nach dem Wegfall des staatl. „Umweltbonus“.

Die Ursachen liegen auf der Hand: hohe Anschaffungskosten, ökologisch bedenkliche & ressourcenintensive Produktion, die Batterieentsorgung & – recycling stellt eine große Herausforderung dar, begrenzte Reichweite bei langer Ladezeit & nicht ausreichender Lade-Infrastruktur, dazu kommt der hohe Strombedarf... die Liste ließe sich fortführen.

Doch der Staat hält an seiner „grünen“

Politik fest & plant neue E-Auto-Subventionen, wie nun nach dem Autogipfel feststeht – d.h. weitere Milliarden für Förderprogramme, die kaum Nachfrageeffekt erzielen.

Und die Händler und Hersteller? Verwässern in der Zwischenzeit die Statistik:

Viele Fahrzeuge werden in Eigenzulassung angemeldet. Macht laut Zulassungsstatistik viele E-Autos – nur eben nicht auf den Straßen.

So geht ideologischer Starrsinn.

**Aber: Die Energiewende ist auch ein „big business“, das nur auf der Bereitschaft der Steuerzahler beruht, sich willig abkassieren zu lassen - was ich in meiner Praxis als Politiker leider immer wieder vor Augen geführt bekomme:**

Neue **E-Auto-Subventionen** geplant.

So geht **ideologischer Starrsinn!**



**Manfred Schiller**, MdB  
Ihr Bundestagsabgeordneter für Weiden



# ... auf Kosten der Bürger!

Dieser Tage flatterte der Werbebrief der Windindustriepaner „Gaia mbH“ auf meinen Schreibtisch in Berlin. Der 6-Punkte-Forderungskatalog an die Politik, mehr Windkraft mit immer mehr Steuergeldern zu subventionieren, ließ mich erschauern. Da steht u.a. sinngemäß:

Wir brauchen den Ausbau der Windenergie auch im windschwächeren Süden...aber ohne Erhalt der Subventionen wären viele Windenergieprojekte im Süden nicht mehr wirtschaftlich umsetzbar...

Heißt: damit die Industrieanleger für umweltschädliche Windkraft auch im Süden auf einen angemessenen Ertrag ihrer Investition bauen können, legt das EEG einen sog. Referenzertrag fest. Weicht der Standort sehr vom erwünsch-

ten Referenzertrag ab, so kann dies zu einer deutlich höheren durchschnittlichen Vergütung pro kWh über die gesamte Lebenszeit im Vergleich zu sehr windreichen Standorten führen.

Gleichzeitig erweist sich die Energiewende in der Realität als Rohrkrepiere - mehr dazu auf Seite 13!



Die seit Jahren in Planung befindliche EU-Verordnung zur Chatkontrolle (CSAR) wurde jetzt von Bundesjustizministerin Hubig endgültig vom Tisch gewischt. Das Veto Deutschlands brachte - quasi als Zünglein an der Waage - die Verabschiedung zu Fall, nachdem sich die letzten Staaten Polen & Österreich bereits dagegen ausgesprochen hatten.

Wenn nicht die AfD-Fraktionsvorsitzende am Dienstag im Pressestatement vor laufenden Kameras das Thema mit höchster Alarmstufe zur Chefsache erklärt & die Bundesregierung zum eindeutigen Handeln aufgefordert hätte, wäre in der kommenden Verhandlungsrunde am 14. Oktober im EU-Rat hinter verschlossenen Türen still & heimlich eine verhängnisvolle Entscheidung für die Totalüberwachung der Bürger getroffen worden.

Der Druck von tausenden Bürgern in Briefen und Emails und deren Sprachorgan, die Alternative für Deutschland, haben der Demokratie von unten her zum Sieg verholfen! Bleibt wachsam, liebe Bürger – wir sind an Eurer Seite!



Heute stelle ich euch wieder eine Petition vor, die absolut unterstützenswert ist:

Sie fordert eine Amnestie für Menschen, die wegen ihres Handelns während der Corona-Zeit strafrechtlich verfolgt oder verurteilt wurden.

Dazu gehören Bürger, die aus Gewissensgründen handelten, aber beispielsweise auch Ärzte, die ihrer Pflicht zur Fürsorge nachkamen & Atteste ausstellten oder Soldaten, die die Impfung verweigerten.

Viele von ihnen sehen sich bis heute mit Strafen, Einträgen oder Berufsverboten konfrontiert.

Viele Maßnahmen waren unverhältnismäßig, die Legitimation ist heute umstritten, doch während die Politik Fehler eingesteht, sehen sich die Betroffenen weiterhin Strafen & Existenzängsten ausgesetzt.

Eine Amnestie würde Rechtsfrieden schaffen & eine gesellschaftliche Versöhnung ermöglichen.

Bitte lest die ausführliche Begründung der Petition unter folgendem Link & zeichnet gleich mit:  
[https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/\\_2025/\\_09/\\_23/Petition\\_187006.html](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2025/_09/_23/Petition_187006.html)



# Trotz Milliarden an Subventionen erweist sich die **Energiewende als Rohrkrepierer!**

Das neue „KfW-Energiewendebarmeter 2025“ bringt es an den Tag: immer weniger Privathaushalte wollen oder können Geld für Wärmepumpen und Elektroautos ausgeben.

Die Bereitschaft sank innerhalb der letzten fünf Jahre von 68 Prozent aller befragten Haushalte auf 59 Prozent aktuell. Gerade mal 33 Prozent der Haushalte nutzen Energiewendetechnologien.

Ob hierunter auch der verhasste und unfreiwillig aufgestöpselte „Smart-Meter“ an der Heizung fällt, bleibt ungewiss.

Aber die KfW gibt sich optimistisch: „Der menschengemachte Klimawandel zeigt sich immer stärker“. Und um den Deutschen mit ihrer Transformationsmüdigkeit gehörig auf die Sprünge zu helfen, könne der neue EU-ETS2-Emissionshandel entscheidend dazu beitragen, diese hinter dem Öfen hervorzuholen, denn so wörtlich: es

drohen Preise von bis zu 391 Euro pro Tonne Treibhausgas bis 2030.

Gerade bei Haushalten im unteren Einkommenssegment laufe die Transformation sehr schleppend, schreibt die KfW, allerdings mit optimistischem Grundton.

Denn mit der Aussicht, irgendwann nicht mehr heizen zu können, wird man sicherlich auch diese Haushalte zu Neuverschuldung und Transformation mithilfe der KfW bewegen können, das ist jedenfalls das Fazit dieser Analyse.

**Rohrkrepierer**  
»Energiewende«

KfW-»Energiewendebarmeter 2025« zeigt:  
Nur **33%** der Haushalte nutzen  
**Energiewendetechnologien**

 **Manfred Schiller, MdB**  
Ihr Bundestagsabgeordneter für Weiden





Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

## Sitzungswochen-Protokoll KW 41

Nach der letzten Sitzungswoche, in welcher der Bundeshaushalt 2026 vorab beraten wurde, folgte nun wieder eine „normale“ Woche mit geregelter Ablauf.

Der **Montag** startete wie üblich mit meinem Team „**Arbeitskreis Petitionen**“ zur Besprechung der laufenden Woche und der Sitzungen.

Danach traf sich der Arbeitskreis zur Besprechung der Petitionen im Ausschuss am Mittwoch.

Am **Dienstagmorgen** tagte der **Arbeitskreis Wirtschaft**, in dem die Themen des Ausschusses mit Voten und Redezeiten besprochen wurden, eigene/federführende Initiativen, mitberatende Initiativen, Termine und die Redetermine im Plenum.

Dann folgte die **Arbeitskreisleiter-Sitzung**. Vor der Fraktionssitzung werden hier die **Initiativen der Woche** aussortiert und priorisiert, Redner vorab abgefragt, endgültige Entscheidungen trifft dann die **Fraktionssitzung**. Hier ein kleiner Einblick in den Ablauf zwischen einzelnen AKs:

Der **Arbeitskreis Recht** hatte einen Antrag erarbeitet, der Petitionen und Bürgerbeteiligung betrifft. Dieser Antrag sollte noch im Schnelldurchlauf in dieser Woche „gespielt“ werden, so der Wille der Kollegen im Rechts-AK. Warum auch immer, denn selbst wenn dieser AK federführend ist, so ist der **AK Petitionen** mindestens **mitberatend**. Also setzten wir ihn runter von der TO – der **formelle Weg** muss schließlich eingehalten werden. Wir werden den Antrag demnächst unter die Lupe nehmen und ggf. Än

derungswünsche einbringen. Muss ja alles seine Ordnung haben!

Dann folgte die **Fraktionssitzung**. Auch dieses Mal wieder gab es eine endlose Aufstellung von Kandidaten für viele unterschiedliche **Gremien**.

Hier wieder eine Kleinigkeit aus dem Nähkästchen: Wie wir wissen, hat das **Kabinett** im September beschlossen, die **Agrardieselrückvergütung** ab Januar 2026 (erstattbar für das Antragsjahr 2027) wieder vollständig **einzuführen**. Der **Arbeitskreis Landwirtschaft der AfD** fordert flankierend hierzu die **rückwirkende Erstattung seit Abschaffung**. Unser **Antrag**, den wir in namentlicher Abstimmung erneut in dieser Woche am Freitag auf die TO gesetzt hatten, wird vom Präsidium **konstant abgesetzt** und somit verhindert, dass alle **MdBs** in namentlicher Abstimmung **Farbe bekennen** müssen (denn abgelehnt wird er sowieso, da von der AfD kommend). Und natürlich wurde er auch an diesem Freitag abgesetzt – ich hatte mich schon auf die namentliche Abstimmung gefreut.

Dann folgte die **Landesgruppensitzung: Bürgerdialoge** der kommenden Monate, **Bürgermobil, Finanzen**, usw. waren die Themen.

Der Tag endete mit der **Runde der Obleute „Petitionen“**, also der Sitzung aller benannten MdBs der Fraktionen zusammen mit dem Ausschussdienst.

**Mittwoch** gleich um acht Uhr die **Sitzung des Petitionsausschusses**, danach die wirklich langatmige **Sitzung** des Ausschusses **Wirtschaft und Energie**.

Das **Plenum** eröffnete mit der **Befragung der Bundesregierung**. Die **Forschungsministerin Dorothee Bär** tritt aktuell ganz ungewohnt mit dickem schwarzem Brillengestell auf. Man wolle die Nase vorn haben bei Quanten- und Biotechnologie, bei Mikroelektronik und -man höre und staune – vor allem bei der „Fusion“, das dazugehörige Nomen „Kern-“ vermied sie peinlichst. Im Übrigen hat auch ihr Ressort einen wohlklingenden Namen für den Import weiterer „ausländischer Fachkräfte“ geschaffen:

### **Das 1.000-Köpfe-Programm.**

**Ingo Hahn** von der **AfD** erinnerte sie daran, dass jährlich **200.000 deutsche Akademiker auswandern** würden. Zuvor griff sie noch sehr weit in die Mottenkiste, als sie sagte, sie wolle den **wirtschaftlichen Boom der Gründerjahre zurückholen**, den Aufstieg Deutschlands des 19. Jahrhunderts. Wie süß!



Grüße aus dem Sitzungssaal

**Umweltminister Carsten Schneider** von der **SPD** setzte dagegen in seinen einführenden Worten auf **CO2-Einsparung** und **Recycling-Verfahren**. Unser „grüner „Stahl“ wird gem. neuesten Presse-Meldungen jetzt gegen den dreckigen **China-Stahl** durch die Absicht geschützt, die **Importe** ab einem bestimmten Kontingent mit **50 Prozent Zoll** zu belegen.

Wundervoll mit anzusehen, wie diese Regierung ihren verzweifelten **Kampf gegen die Marktwirtschaft** führt!

„**Automobilgipfel**“ war schließlich das Stichwort für die nachfolgende **allgemeine Fragestunde**, die der **Parlamentarische Staatssekretär Stefan Rouenhoff** aus dem **Wirtschaftsministerium** bestritt. Die Branche steht vor dem Abgrund und ich könnte mir vorstellen, dass dies ein letzter **Hilferuf der Verbände** an die Politik ist. Die Presse meldet derzeit, dass die **Union** dem Druck des Volkes nachgeben will und ein **Aus des Verbrenner-Aus** diskutiert.

Der Gipfel am Donnerstag brachte dann eine neue **Zusage für ein E-Auto-Förderprogramm**.

**Dr. Rainer Kraft** konstatierte in der Befragung am Mittwoch: **14 Prozent der Neuzulassungen 2024** waren

**batterieelektrische Fahrzeuge**. Nur **33 Prozent** aller deutschen Haushalte haben überhaupt ein **Energiewende-Gadget im Haushalt** (KfW-Energiewende Barometer 2025), und dazu zählen sowohl **Wärmepumpen**, als auch ein lausiger **Smart-Meter** an der Heizung. Schon vor dem „Gipfel“ stand fest, den **Kfz-Steuererlass für Stromer** sogar **bis 2030 zu verlängern**.

### **Alles hinausgeworfene Steuergelder.**

Aber vielleicht kann man mit diesen Zuckerln die Autobranche noch eine Zeit lang sedieren – bis sie über den Jordan geht. **Der Steuerzahler zahlt, ob er will oder nicht!**

Danach folgte die **Aktuelle Stunde**, beantragt von der Union zum Thema **zwei Jahre Hamas-Überfall**. Die **Regierung** in Person von **Außenminister Waidepohl** konnte es nicht lassen, sich mit

**fremden Federn zu schmücken**. Der von **Donald Trump**

vorgelegte **Friedensplan** und die **Beendigung des Konflikts** sei immerhin auch mit **deutscher Beteiligung diskutiert** worden. Na immerhin.

**Deutschland** will nun tun, was es am besten kann: **Geld für den Wiederaufbau in Gaza bereitstellen**.

Dann folgte die erste und einzige **namentliche Abstimmung** der Woche. Die Koalition betreibt kosmetische Politik in Sachen **Einbürgerungsrecht**.

Der **Turbo** (3 Jahre Wohlverhalten) **wird abgeschafft** mit der „**Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes**“ (21/537). Im Ergebnis stimmten quasi **2/3 der Abgeordneten für den Entwurf**, natürlich auch die **AfD**. Es gilt zu bedenken, was **Dr. Christian Wirth** dazu sagte: Wir geben Menschen einen **Anspruch auf Einbürgerung**, die **illegal eingereist** sind, deren **Asylbegehren abgelehnt** wurde, und rechnen sogar die Zeiten **rechtswidrigen Aufenthalts** auf die Frist an.

**Stephan Brandner** wollte einen Kontrapunkt setzen gegen **Sozialabbau, Altersarmut, Raubbau an den Sozialkassen** mit seinem folgenden **Antrag in erster Lesung**: „**Reform der Politikerpensionen – Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung auf-**

nehmen“ (21/958).

Die Aufforderung an die Bundesregierung, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln wurde nach kurzer Debatte in den **Ausschuss für Wahlprüfung überwiesen**.

Der **Donnerstag** begann mit der **ersten Lesung** des **GEAS- Anpassungsgesetzes**, 21/1848 (**gemeinsames Europäisches Asylsystem**), mit welchem die **Regierung** wieder einmal demonstriert, dass sie in der **Asylfrage** einfach nur den **Vorgaben Brüssels** folgt, anstatt eigene Wege zu gehen, wie **Kanzler Merz** noch vor kurzem vollmundig verkündet hatte. In Zukunft wird es durch **GEAS feste Verteilungsquoten** in der EU geben, eine **Abschiebung** wird **erschwert** werden, da nur in Länder abgeschoben werden kann, von wo aus **Schlepperboote gestartet** sind und die Menschen dann auch eine persönliche Verbindung haben. Kommen die **„Flüchtlinge“** aus den **Tiefen Afrikas** ohne Bezug zu den Transitländern wie Marokko oder Tunesien, **können sie nicht abgeschoben werden**.

Seit **Kanzler Merz** am Ruder ist, sind fast **40.000 neue Asylanten nach Deutschland** gekommen. Der Innenausschuss berät.

Und weil unsere Republik derzeit ja keine anderen Probleme hat, brachten die **Grünen** einen **Antrag Änderung des Grundgesetzes** zur Einfügung des Merkmals **„sexuelle Identität“** (21/2027) ein. Wenn Ihr Euch mal wieder amüsieren wollt bis zum Abwinken, dann hört unbedingt

die Rede von **Stephan Brandner** zum Thema:

<https://dbtg.tv/cvid/7636846>

Passend zum Thema GEAS, ließ die **AfD** nicht locker mit dem Antrag **„Rückkehr in das vom Assad-Regime befreite Syrien vorantreiben“** (21/2029).

Wir wissen, dass die **Flüchtlinge** ab 2014/15 vor dem **„Diktator“ Assad** aus **Syrien** flohen, der unter anderem den **extremistischen Islam in seine Grenzen gewiesen hatte**. Diese Gefahr ist nun vorbei. **Asyl bedeutet Schutz auf Zeit** und nach herkömmlichem Verständnis **weder automatische Einbürgerung**, noch **automatische Alimentierung** durch unsere **Sozialsysteme**.

Es brauche **jährlich** eine **Minus-Zuwanderung** in **100.000er-Größe**, forderte **Dr. Gottfried Curio (AfD)** in der Debatte und das gilt erst recht für alle, die **illegal** hier sind. Der Innenausschuss berät.

Das Thema der **Aktuellen Stunde** am **Donnerstag** hatte die **AfD-Fraktion** zu Wochenbeginn festgeschrieben zum Aufreger **EU-Chatkontrolle**.

Bezeichnend bei dieser Causa war wieder einmal folgendes: Die **EU plante** bereits seit einigen Jahren die entsprechende **Verordnung**, mit der **sämtliche Chatkorrespondenz** und alle **Foren**, dem Fall des **Briefgeheimnisses** gleich, durch die Betreiber **permanent durchleuchtet**, und gleichzeitig **„fragliche“ Inhalte** an ebenso **„fragliche“ EU-Behörden hätten gemeldet werden sollen**.

**Der Willkür wäre Tür und Tor geöffnet worden.**



Stephan Brandner, AfD bei seiner Rede

**Signal** und auch **Threma** hatten bereits das **Verlassen des europäischen Marktes** angedacht.

Das Schlimme daran ist, dass die **Entscheidung und Abstimmung** hierüber mal wieder **hinter verschlossenen Türen** und **ohne Beteiligung der betroffenen Bürger** erfolgen sollte.

Der **14. Oktober** wäre der **Schicksalstag** gewesen, kein Hahn hätte gekräht, wenn **Deutschland** das **letzte fehlende Ja zur Totalüberwachung** gegeben hätte.

Der **Druck durch Email-Lawinen** an die Bundestagsabgeordneten und letztendlich **das starke Statement unserer Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel vor der Presse** hatte die **Justizministerin** noch am Mittwoch dazu bewogen, das **Nein** auszusprechen und dadurch den **Verlust von Wählerstimmen für die Union abzuwenden**.

Sehr sinnvoll erschien mir später der **AfD-Antrag** in erster Lesung: **„Zukunft gestalten und durch geeignete Familienpolitik sichern“** (21/2034), der die Bundesregierung zur **Unterstützung von Familien mit deutschem Pass** auffordert, von welchen mindestens ein Elternteil seit 24 Monaten einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht.

Unter anderem sei ein **Kreditmodell** über die Kreditanstalt für Wiederaufbau zu **schaffen**, das bei der **Geburt jedes Kindes zinslose Kredite für die Eltern in Höhe von bis zu 10.000 Euro** gewährt.

Vielleicht können sich noch einige an den Spruch erinnern, der unter **Kanzler Schröder** kursierte: *lieber Kinder, statt Inder!*

Der Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren und Jugend berät.

Schließlich wurden noch **zwei Gesetze** verabschiedet, die auf der im März des Jahres erfolgten **Grundgesetzänderung zur Schaffung des Sondertopfes SVIK** (Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz) **über 500 Milliarden** basieren. Mit dem „**Länder- und Kommunal-Infrastrukturgesetz**“ (LuKIFG, 21/1085) sowie dem Gesetzentwurf „**zur Ausführung von Artikel 109 Absatz 3 Satz 6 und Satz 7 des Grundgesetzes und Änderung anderer Gesetze**“ (21/1087) wurden die Möglichkeiten geschaffen, aus dem SVIK einmalig **100 Milliarden Euro** an die klammen **Bundesländer auszuschütten**, und gleichzeitig erhalten sie die Möglichkeit, künftig selbst **Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts** aufzunehmen.

Das war ein **cleverer Schachzug von Kanzler Merz** gewesen, sich die **Zustimmung der klammen Länder im Bundesrat** für die notwendigen Grundgesetzänderun-



Zwischen den Terminen liegen oft lange Wege

gen zu erkaufen, als er im März seinen **„Schuldencoup“** im Bundestag **gegen den Wählerwillen** gelandet hatte. Die **AfD** forderte in erster Lesung mit Antrag (21/2036), dass die **Versorgung von Bürgergeldempfängern aus Mitteln der Ges. Krankenversicherung sofort ein Ende haben müsse**, da dies zulasten der beitragszahlenden Versicherten gehe. Etwa **10 Mrd. € jährlich** häufen sich an durch die Übernahme der Versorgung, ohne entsprechende Einzahlungen. Die **Leistungen** müssen aus **Steuermitteln** erbracht werden, im Übrigen muss die **unkontrollierte Einwanderung in die Sozialsysteme sofort beendet werden**.

Der Gesundheitsausschuss berät.

Zu später Stunde, nämlich erst um 22 Uhr, und dann auch nur für eine halbe Stunde, wurde über das sog. Zustimmungsgesetz zu den Änderungen vom 1. Juni 2024 der „**Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV) vom 23. Mai 2005**“ (21/1508, 21/1905) debattiert. Diese **IGV** sind eine **völkerrechtlich** verbindliche Vorschrift auf Grundlage der WHO-Verfassung, sie ist **automatisch per 19.07.2025 völkerrechtlich in Kraft getreten**, sofern die Staaten nicht widersprochen haben. Es besteht hierdurch jedoch die **Verpflichtung zur innerstaatlichen Umsetzung** durch ein entsprechendes Gesetz.

Unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsgrenze ereilt uns nun etwas in der Art „**Chatkontrolle**“, das gerade

noch aufgrund massiver öffentlicher Kritik abgewendet werden konnte.

In diesem Fall sieht es nicht nach einem positiven Ausgang aus. Hier in Kürze die Vertragsdetails der IGV, aufgestellt durch die WHO, eine Lobbyorganisation der Pharmaindustrie:

Es gibt eine **neue Definition einer pandemischen Notlage, strengere Informationspflichten** durch die Staaten. Diese sind verpflichtet, „**Koordinierungsstellen**“ einzurichten. Der Ausbau **digitaler Gesundheitszertifikate** soll dazu dienen, **Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken**. Die WHO kann die **Überwachung der Einhaltung und die Festlegung von Maßnahmen bei gesundheitlichen Notlagen vornehmen**.

Staaten werden **verpflichtet**, aktiv gegen „**Falsch- und Desinformation**“ vorzugehen, dabei **bestimmt die WHO selbst, was als Falsch- oder Desinformation gilt**.

Sie ist im Orwellschen Sinne das „**Wahrheitsministerium**“.

Der vorliegende **Gesetzesentwurf** sieht die **Einschränkung zentraler Grundrechte wie folgt vor**:

- das Grundrecht auf **körperliche Unversehrtheit**,
- das Grundrecht auf **Freiheit der Person**,
- das Grundrecht auf **Post- und Briefgeheimnis** und das
- Grundrecht auf **Freizügigkeit**.

Die Grundrechte sind, wie wir wissen, **Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat**, und **dürfen niemals zur Disposition stehen**.

Machen wir es wie die USA: **verabschieden wir uns aus dieser Organisation komplett!**

Der Ausschuss Gesundheit berät (oder der Beschluss steht schon im Voraus fest), Fortsetzung folgt.

**Freitag:**

Eines der Hauptthemen der AfD, welches auch in der wöchentlichen Pressekonferenz mit **Bernd Baumann** vorgestellt wurde, war der Antrag „**Einschränkung der Zulässigkeit der Hausdurchsuchung bei Ehrverletzungsdelikten**“ (21/2085) in erster Lesung.

Einschüchterung und verkappte Bestrafung ohne Gerichtsurteil sei „**einer Demokratie nicht würdig und gehört sofort unterbunden**“.

**Tobias Peterka** sprach von „**Räumkommandos**“, die

Bürger morgens aus dem Bett werfen würden. Wegen Bezeichnung „**Schwachkopf**“ werde eine **Familie mit behindertem Kind „hochgenommen“**.

Gleichzeitig werden die **Häuser von AfD-Politikern besudelt, Autos abgefuckt** und noch viel schlimmer: **AFD-Politiker bedroht und verletzt – ohne jegliche Konsequenzen**.

Der Rechtausschuss berät.

Danach brachte **die Linke** wieder mal einen Antrag ein: **Geldverteilung** nach dem Gießkannenprinzip, Denn mit Antrag **Elterngeld** (21/2038), wünscht sie sich **mehr Geld für alle**, anstatt eine **Familienpolitik mit Augenmaß** zu betreiben. Es folgte Überweisung in den Ausschuss für Familie.

Die **Bundesregierung** legte schließlich in erster Lesung **sechs Gesetzentwürfe zu Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** mit asiatischen und afrikanischen Ländergruppen vor.

Es handelt sich um folgende Abkommen: mit **Côte d’Ivoire** (Elfenbeinküste, 21/1885), **Ghana** (21/1888), den **SADC-WPA-Staaten** (21/1887), **Zentralafrika** (21/1886), **Vietnam** (21/1897) und **Singapur** (21/1898).

Wieder einmal geht es um die **Stärkung neokolonialer Strukturen** wie z.B. auch die Verknüpfung der Abkommen mit einklagbaren **Sozial- und Umweltstandards** sowie **Lieferkettenregeln**, so **Rocco Kever** in seiner Rede. Warten wir einfach mal ab, vielleicht werden dann auch irgendwann das **Selbstbestimmungsgesetz und die Chatkontrolle exportiert**. Auf jeden Fall sind die meisten dieser Länder schon mal **Mitglieder der WHO**, dann kann ja nichts schiefgehen.

**Liebe Mitglieder, Interessenten oder Beobachter meiner Arbeit, ich hoffe, Ihr hattet eine spannende Lektüre.**

Seit diesem Montag geht es weiter mit einer noch viel spannenderen Arbeitswoche in Berlin - ich werde natürlich aktuell und im Rückblick berichten.

Servus!



2026 in Bayern

# Aufstellungsversammlung **Kommunalwahl**



Am Samstag fand die Aufstellungsversammlung unseres AfD-Kreisverbandes AfD Weiden-Neustadt-Tirschenreuth für die Kommunalwahl 2026 statt. Ich wurde dabei einstimmig auf Platz 2 der Stadtratsliste gewählt und möchte mich von Herzen für das große Vertrauen bedanken, das ihr mir erneut ausgesprochen habt.

Mein besonderer Dank gilt unserem Oberbürgermeisterkandidaten sowie allen Kandidaten, die bei dieser Aufstellungsversammlung erfolgreiche Listenplätze erreichen konnten. Ihr zeigt Mut, Standhaftigkeit und echtes Engagement für unsere gemeinsame Sache – für eine Politik mit gesundem Menschenverstand, Heimatliebe und Einsatz für die Bürger vor Ort.

Ein besonderer Dank geht auch an unseren Kreisverband für die hervorragende Organisation der Versammlungen und den reibungslosen Ablauf. Gemeinsam gehen wir jetzt geschlossen und entschlossen in den Kommunalwahlkampf – für unsere Heimat, für Bayern, für Deutschland.



*Kommt auch ihr vorbei!*

# Stammtisch



Unser Stammtisch musste diesmal ohne mich stattfinden – ich bin in Berlin, mitten in einer intensiven Sitzungswoche und bereite meine erste Bundestagsrede am 15. Oktober vor. Trotzdem wart ihr wie immer bestens informiert.

Unser Landtagsabgeordneter Roland Magerl berichtete, dass das baye-rische Landespflegegeld künftig von 1.000 auf 500 Euro gekürzt werden soll – ein schwerer Schlag für viele Pflegebedürftige. Erst als Wahlgeschenk der CSU eingeführt, jetzt wird beim Landespflegegeld der Rotstift ange-setzt – auf Kosten der Pflegebedürftigen. Unser Stadtratskandidat Ferdi-nand Adam gab einen Überblick über aktuelle Themen aus dem Weidener Stadtrat.

Meine Mitarbeiterin schilderte, wie die AfD die von der EU geplante Chat-Überwachung (CSAR) in letzter Minute stoppen konnte. Diese Verordnung hätte bedeutet, dass private Nachrichten in Messengerdiensten wie What-sApp oder Signal automatisiert durchsucht werden – selbst ohne Ver-dacht. Nachdem Polen und Österreich bereits ihr Veto eingelegt hatten, zog schließlich auch Deutschland nach. Auf Druck unserer Fraktion und nachdem Alice Weidel das Thema in einem Pressestatement mit Alarmstu-fe Rot zur Chefsache erklärte, wischte Justizministerin Hubig den Entwurf schließlich vom Tisch. Deutschland war hier das Zünglein an der Waage. Der Stammtisch war wieder gut besucht – danke an alle, die da waren!

Nur gemeinsam mit euch ist ehrliche Politik möglich.

### Chaotischer Schuljahresbeginn in Weiden!

**D**er Schuljahresbeginn in Weiden verlief alles andere als reibungslos. Schulbusse kamen nicht, Kinder warteten vergeblich an der Haltestelle, Eltern und Lehrkräfte wurden erst in letzter Minute informiert.

Nach einer Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion Weiden musste die Stadt nun einräumen, dass es tatsächlich „ärgerliche Situationen“ und organisatorische Probleme gab – von Misskommunikation zwischen Stadt, Schulen und Busunternehmen bis hin zu verspäteten Informationen an die Eltern.

Für uns als AfD-Fraktion ist klar: So etwas darf sich nicht wiederholen! Die Stadt muss künftig für verlässliche Planung, klare Zuständigkeiten und frühzeitige Information sorgen.

Die sichere und pünktliche Schülerbeförderung ist keine Nebensache – sie ist eine Frage der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Familien!



## Stammtisch

Jeden **Donnerstag** (außer feiertags) findet unser Stammtisch in **Weiden** statt. Unsere Abgeordneten berichten aus dem Landtag oder Bundestag, im Anschluß gibt es spannende **Diskussionen**.

Der Stammtisch ist völlig unverbindlich und für jeden offen, ihr müsst kein Parteimitglied sein! Kommt vorbei, wir freuen uns auf euren Besuch!

Wir sehen uns!



## Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »**Zwei Bayern in Berlin**«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

[youtube.com/@ManfredSchillerMdB](https://youtube.com/@ManfredSchillerMdB)



**Mehr Neuigkeiten gibt es auf meinen Kanälen!**



[www.manfred-schiller.de](http://www.manfred-schiller.de)



[manfred.schiller@bundestag.de](mailto:manfred.schiller@bundestag.de)



[@manfred.schiller.afd](https://www.facebook.com/manfred.schiller.afd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.instagram.com/manfred.schiller.afd)



[@manfredafd](https://twitter.com/manfredafd)



[@manfredschillerafd](https://www.telegram.com/@manfredschillerafd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.tiktok.com/@manfred.schiller.afd)



[@manfredschillermdb](https://www.youtube.com/@manfredschillermdb)